

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 416 13. August 2008

14. Jahrgang

Ländliche Entwicklung und Agrarpolitik: Lektion gelernt?

Die Friedensabkommen trugen dazu bei, dass die Agrarfrage und die ländliche Entwicklung ihr thematisches Schattendasein verliessen und Teile einer nationalen Debatte wurden. Dass das entsprechende Friedensabkommen nicht umgesetzt wurde, weckte die Besorgnis der internationalen Gemeinschaft und wichtiger nationaler Sektoren. Die letzten beiden Regierungen unter Alfonso Portillo und Oscar Berger versuchten (erfolglos), auf partizipative Art und Weise, eine nationale Politik der ländlichen Entwicklung zu formulieren. Es ist schlussendlich aber der Initiative des Unternehmenssektors zu verdanken, dem Plan *Visión de País*, dass es gelang, auch die politischen Parteien dazu anzuhalten, einen Konsens zu finden und ein entsprechendes Gesetz auszuarbeiten.

Die aktuelle Regierung folgt jedoch wieder den gescheiterten Ansätzen ihrer Vorgängerinnen. Gleichzeitig bringen die weltweite Nahrungskrise und die strukturellen nationalen Missstände das Thema Landwirtschaft erneut in die Schlagzeilen. Aus diesen Gründen empfiehlt es sich, den Umgang mit diesem konjunkturell relevanten Thema genau zu evaluieren und "lessons learned", die daraus gezogenen Lehren, herauszuarbeiten - speziell auch, weil von ländlicher Entwicklung in einem Land wie Guatemala zu sprechen gleichbedeutend ist wie von nationaler Entwicklung zu sprechen.

Wir veröffentlichen Ausschnitte einer Zusammenfassung der Doktorarbeit von Adrian Zapata, die im *diálogo* der Lateinamerikanischen Vereinigung für Sozialwissenschaften FLACSO im Juli 2008 erschienen ist. Dabei verzichten wir auf die theoretische Herleitung und konzentrieren uns auf die konkreten politischen Schritte, die in Guatemala in den letzten 10 Jahren in Sachen Landwirtschaftspolitik und ländlicher Entwicklung unternommen worden sind.

Landwirtschaftspolitik und eine integrale ländliche Entwicklung sind zwei Paar Schuhe. Es ist aber unbestreitbar, dass sie zusammengehören, vor allem in Ländern mit einer historischen und strukturellen Ausgangslage wie Guatemala. Sowenig es möglich ist, die Grenzen der Landwirtschaftspolitik für die "automatische" ländliche Entwicklung zu ignorieren, so undenkbar ist es auch, die ländliche Entwicklung zu denken, ohne die Transformation der bestehenden Agrarstrukturen einzubeziehen. Die Versuche der letzten Jahre, auf partizipative Weise, das heisst unter Beizug aller involvierten und betroffenen Parteien, eine nationale Politik der ländlichen Entwicklung zu formulieren, haben die beiden Themen immer als unvereinbare Gegensätze verstanden, was dazu führte, dass sämtliche Dialoge scheiterten, sobald es um die Landfrage ging. Zuerst versuchte es Präsident Alfonso Portillo (1999 - 2003) mit seinem "Intersektoriellen Rundtisch über ländliche Entwicklung" (MIDDR). Sein Nachfolger Oscar Berger (2003 - 2007) nannte seinen entsprechenden Rundtisch "Dialog und Partizipation für eine integrale ländliche Entwicklung" (MD-PDRI). Die Gründe für das Scheitern beider Initiativen (es gelang nicht, sich auf eine politische Linie zu einigen) sind u.a. folgende: Schwache staatliche Institutionen und politische Parteien sowie ein Ungleichgewicht in der politischen Machtverteilung zugunsten von ökonomisch mächtigen Sektoren. Diese üben nicht nur Druck aus, sondern einen effektiven und direkten Einfluss auf verschiedene Staatsorgane und Ministerien, vor allem wenn es um eine Sozialpolitik geht, die gegen ihre Interessen verläuft. Ländliche Entwicklung ist ein typisches Beispiel dieser verletzten Interessen, eben weil es so eng mit der Landfrage verknüpft ist.

Die Schwäche der staatlichen Institutionen zeigte sich in der Rolle, die beide Regierungen in den partizipativen Prozessen spielten. Während der Regierung von Alfonso Portillo war die Exekutive blosser Zuschauerin am Rundtisch. Sie zeigte kein Interesse, eine Führungsrolle zu übernehmen, weil dadurch ihr (Interessens-)Konflikt mit dem Unternehmenssektor noch offensichtlicher geworden wäre. Während der Amtszeit von Oscar Berger vertrat die Regierung offen und schamlos die Interessen der UnternehmerInnen, vor allem als diese von den Dialogen zurücktraten mit dem Ziel, sie scheitern zu lassen. Die politischen Parteien glänzten während beider Regierungszeiten durch Abwesenheit an den Dialogen.

Die ungleiche Machtverteilung wirkte sich in einer Verwässerung der Demokratie aus, denn die Unternehmensspitzen bewiesen ganz klar, dass sie die Vetomacht in diesen Prozessen haben, und diese zum Platzen bringen können.

An dieser Stelle ist es wichtig, auf den nach wie vor ideologisch und historisch begründeten Antagonismus zwischen dem Unternehmenssektor und den sozialen Organisationen in der Landfrage hinzuweisen. Für die BäuerInnenorganisationen gehört der Traum von einer Landreform zu den angestrebten, aber leider unvollendeten Aufgaben der Revolutionsregierung von 1944. Dabei wird oft übersehen, dass eine Landreform allein noch keine ländliche Entwicklung garantiert. Für die UnternehmerInnen ist "die Landfrage" nach wie vor ein kommunistisches Phantom, dessen Ziel die Abschaffung des sakrosankten Privatbesitzes sein soll.

Wie viel Gewicht die Landfrage am Runder Tisch während der Regierungszeit von Oscar Berger einnahm, wurde in der Schlussdeklaration dieses Prozesses klar. Im entsprechenden Kommuniqué des Vizepräsidenten hiess es, dass "trotz der Einsicht, dass die Konzentration der Produktionsmittel im Agrarbereich ein Hindernis für die ländliche Entwicklung ist, der Runder Tisch im Februar 2006 seine Arbeit angesichts der Diskrepanzen zwischen der Regierung und den VertreterInnen der sozialen Organisationen in substanziellen Fragen der Agrarpolitik niederlegt". Die im Zitat erwähnten Diskrepanzen entstanden durch die offene Positionierung der Regierung zugunsten der Interessen der UnternehmerInnen, welche den Verhandlungstisch verliessen und die Regierung zu ihrer Pflichtverteidigerin machten.

Die Verdienste des "Plan Visión del País"

Im Jahr 2005 kamen einige UnternehmerInnen zu dem Schluss, dass überparteiliche Vereinbarungen zu einigen wichtigen politischen Themen abgeschlossen werden müssten, die als Grundlagen für eine mehrheitsfähige Regierungspolitik dienen sollten. Zu diesen Themen gehörten anfänglich u.a. die Bildung und die Sicherheit.

Um der Sache etwas mehr Legitimität zu verleihen, wurden auch VertreterInnen sozialer Institutionen eingeladen, der Steuerungsgruppe des sogenannten "Plan Visión del País" beizutreten, so zum Beispiel die MenschenrechtlerInnen Helen Mack und Mario Polanco, sowie der damalige Kardiologe und heutige Vizepräsident Rafael Espada und Adrian Zapata, Autor des vorliegenden Textes.

Während des ganzen Jahres 2006 wurden Vorschläge ausgearbeitet und diskutiert, doch war auch in dieser Gruppe die Dominanz der UnternehmerInnen offensichtlich. Von Seiten der politischen Parteien, die ebenfalls an dem Prozess teilnahmen, kam der Vorschlag, auch die ländliche Entwicklung auf die Agenda zu setzen. Glücklicherweise erklärten die UnternehmerInnen ihre Bereitschaft und zogen sich nicht von den Diskussionen zurück. Sie beriefen sich auf die Metapher einer "Autobahn, die genügend breit ist, damit auf ihren verschiedenen Spuren (Rechts, Mitte, Links) mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten gefahren werden kann".

Als im Rahmen des "Plan Visión del País" die Diskussionen über die ländliche Entwicklung begannen, stiess man anfänglich auf dieselben scheinbar unlösbaren Probleme wie am Runder Tisch der

Regierung Berger: Agrarstruktur, bäuerliche Ökonomie, die Rolle des Staates und die Institutionalisierung einer Politik der ländlichen Entwicklung. Schliesslich gelang es, ein von allen Parteien unterstütztes Dokument zu unterzeichnen. Darin wurde anerkannt, dass der Zugang zu Land (nebst technischem Know-how und Finanzierung) für KleinbäuerInnen ein wichtiges Element ländlicher Entwicklung ist. Um diesen Zugang zu gewähren, müssten die herkömmlichen juristischen Instrumente, die Konfliktlösungsstrategien und die Verteilmechanismen überprüft werden. Enteignung wurde dabei explizit ausgeschlossen, dem Staat hingegen die Möglichkeit zugestanden, auf illegale oder betrügerische Weise angeeignetes Land zurückzuerlangen.

Wie man sieht, wurde hier die konfliktreiche Beziehung zwischen Agrarpolitik und ländlicher Entwicklung erfolgreich unter einen Hut gebracht - zumindest theoretisch. Den politischen Parteien, die nie an den Runder Tischen der vorherigen Regierungen teilgenommen hatten, gelang es, einen Konsens zu erlangen, der weit über die frustrierten Initiativen der letzten Jahre hinausgeht.

Leider scheiterte dieser erfolgversprechende Ansatz daran, dass die den "Plan Visión del País" dominierenden UnternehmerInnen dem Kongress einen Gesetzesvorschlag vorlegten, der die juristischen Grundlagen für die Umsetzung des Dokuments bilden sollte - ohne diesen jedoch den anderen involvierten Gruppierungen und Parteien im Vorfeld vorzulegen. Gemäss VertreterInnen dieser übergangenen Gruppen entspricht der Gesetzesvorschlag nicht den in dem gemeinsam erarbeiteten Papier vereinbarten Punkten.

So verabschiedeten zwar die wichtigen politischen Parteien unter der Schirmherrschaft der UnternehmerInnen ein brauchbares politisches Dokument, das jedoch in der aktuellen Konstellation nicht mit dem Rückhalt der Legislative rechnen kann. Und die sozialen Bewegungen, die sich mit dem bäuerlichen und umweltschützerischen Kämpfen solidarisieren, waren bei diesem "partizipativen" Prozess überhaupt nicht vertreten.

Die aktuelle Situation

Heute liegen dem Kongress verschiedene Gesetzesinitiativen über ländliche Entwicklung vor: Die oben genannte, eine, die von der Allianz für eine integrale ländliche Entwicklung (ADRI) eingereicht wurde, welche verschiedene soziale und bäuerlichen Organisationen umfasst, und eine von der Regierung

erarbeitete, die ein Konsens der beiden anderen sein will.

Analysiert man die "lessons learned" der vergangenen Jahre, ist relativ einfach ersichtlich, was die Herausforderungen an den von Präsident Alvaro Colom initiierten neuen Prozess in Sachen ländlicher Entwicklung sind:

- Die Konsensfindung zwischen der umweltschützerisch-bäuerlichen Bewegung und ihrer Alliierten (kleine UnternehmerInnen, Nichtregierungsorganisationen, AkademikerInnen) und dem Regierungssektor, der notorisch einen progressiven und sozialdemokratischen Diskurs vertritt, der aber nicht der Mehrheit entspricht, sowie einem Präsidenten, der sich, wenn er sich gegenüber den UnternehmerInnen positionieren muss, zwischen ungestüm und unterwerferischer Reue bewegt.

- Sollte tatsächlich eine solche Einigung zustande kommen und eine konsensfähige Gesetzesinitiative vorgelegt werden, wer garantiert, dass die Kongressabgeordneten der Regierungspartei UNE, die so divers und heterogen wie die Regierung selber ist, auch wirklich dahinter stehen?

- Sollte das Wunder der Unterstützung durch die UNE-Abgeordneten eintreten, wie kann erreicht werden, dass auch die anderen Parteien die Zustimmung geben für ein Projekt, das "nur" vom Präsidenten, der Regierungspartei und den sozialen Organisationen ausgearbeitet wurden?

- Und last but not least: Werden die Führungsspitzen der UnternehmerInnen ein Gesetz und eine Politik akzeptieren, deren finale Ausformulierung zwar "partizipativ" war, sie aber nicht daran beteiligt waren?

Wie man sieht, der Weg geht steil bergan. Sicher darf man das Engagement der Regierung (oder eines Teils von ihr) nicht ausser acht lassen, einen Konsens mit den BäuerInnen- und Umweltschutzorganisationen zu erreichen. Hoffentlich findet sich eine Form, damit auch die politischen Parteien in den Prozess einbezogen werden, da ja diese Initiative, sollte sie erfolgreich sein, auf den Schreibtischen des Kongresses landet.

Hoffentlich findet sich auch eine Form, die UnternehmerInnen einzubeziehen, und zwar so, dass sie zu einer Konsenslösung beitragen und nicht durch ihre Abwesenheit einmal mehr die Umsetzung des so oft wiederholten Prozesses verunmöglichen.

Und wieder ein Tag der indigenen Völker

Guatemala, 09. Aug. Anfang der Woche hatte die *Nationale Indígena- und BäuerInnen-Koordination* (CONIC) zu einer ersten Demonstration in der Hauptstadt aufgerufen. In der Petition an Präsident Colóm forderten sie die ausstehende Erfüllung seiner Wahlversprechen, darunter die Vergabe von Krediten an KleinbäuerInnen noch für den aktuellen Erntezyklus, ohne die der zu erwartende geringe Ertrag zur Zuspitzung der Hungersituation spätestens Ende des Jahres führen könnte.

Aufgrund der fehlenden Veränderung sind die übrigen Forderungen allgemein bekannt: Stopp von Minenaktivitäten, dem Bau von Wasserkraftwerken und der Landräumungen, die vom Staat unter Mithilfe des Militärs, der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) und privaten Sicherheitsagenten, aber auch Arbeitenden des *Nationalrats für Schutzgebiete* (CONAP) durchgeführt würden. Steuererlass und Landlegalisierung.

Nur wenige Tage darauf, zeitigte die Aktion einen ersten Erfolg und beide Seiten, CONIC auf der einen und Staatsvertreter auf der anderen Seite verkündeten in einer Pressekonferenz zuversichtlich die erlangten Vereinbarungen, zu denen tatsächlich die Kreditvergabe über je 2'500 Quetzales gehört, von denen 800 Quetzales als Subvention zum Kauf von Düngemittel gedacht sind.

Gleichwohl setzten die BäuerInnen gleich die Information hinzu, dass sie wieder auf die Strasse gingen, sollten die gegebenen Versprechen ab dem 18.

August weiterhin nicht erfüllt werden.

"Die Ursachen, die zum Krieg führten, bestehen immer noch und haben sogar die Armut, die Ungleichheit, den Rassismus sowie den Besitz von Land in wenigen Händen verschärft", sagte Domingo Hernández von dem Nationalen *Maya-Zusammenschluss Waquib' Kej*, der gemeinsam mit anderen Organisationen wie *Plataforma Agraria* (PA), dem *Rat der Völker des Westens* und *Encuentro Campesino* dann für den 09. August zu einer Demonstration sowohl in der Hauptstadt als auch in den Departements aufgerufen hatte. Anlass war das Datum, das 1994 von den Vereinten Nationen zum Internationalen Tag der indigenen Völker ausgerufen worden ist. Auch dieser Tag fand seinen Abschluss in einem Abkommen zwischen den Demonstrierenden und StaatsvertreterInnen, in gewisser Weise als Fortsetzung der vorherigen Vereinbarungen. Dabei firmierte Orlando Blanco als Friedenssekretär (SEPAZ) und Guadalupe Zamora als Leiter des *Indigenen Entwicklungsfonds Guatemalas* CODIGUA. Dieses Mal lag das Gewicht - auch angesichts des Tagesmottos - auf dem Rassismus und der Diskrimination, die nicht nur alltäglich von der indigenen Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Justizsektor erfahren werden.

Mit der Unterzeichnung von sogenannten "Prinzipien" sei der Startschuss gegeben für einen Dialogprozess, um gemeinsam Lösungen für die Forderungen zu suchen.

Indes bereitet das Menschenrechtszentrum CALDH gemeinsam mit CONIC, der *Politischen Vereinigung der Maya-Frauen* und der *Defensoria Maya* einen Gesetzesvorschlag vor, der die wichtigsten Forderungen der indigenen Völker aufgreift. Die Initiative legt den Schwerpunkt auf die spezifischen Rechte der indigenen Völker, die weder in der Verfassung noch den anderen Gesetzbüchern aufgenommen sind. Der Respekt gegenüber den heiligen Stätten und der Praxis der indigenen Sprachen, der Zugang zu Land, das Recht auf zweisprachige Erziehung, auf Volks- bzw. Gemeindebefragungen und auf die Anwendung des Maya-Justizsystems.

Gleichwohl kommentiert der indigene Kolumnist Sam Colop den diesjährigen 9. August salopp: "Obwohl dieser Tag durch manche Erklärung seitens der Regierung erinnert wird, die nicht über bezahlte Anzeigen und offizielle Propaganda hinausgehen, ist er für die indigenen Völker allgemein ein Tag wie jeder andere auch. Bestimmte Organisationen fordern zwar ihre Würde ein, doch mehr passiert nicht."

Ein Putsch durch's Militär?

Guatemala, 01. Aug. Die Organisation *Sicherheit in Demokratie* (SEDEM) äusserte ihre Besorgnis angesichts zwei emblematischer Angriffe auf Menschenrechtsaktivisten, die in Verbindung gebracht werden mit den personellen Veränderungen in den staatlichen Sicherheits- und Justizinstanzen, die Präsident Colom diese Woche bekannt gab.

Am Tag, an dem Colom die Absetzung von hohen Militärs verkündete, wurde Ronald Chang, Bruder der Aktivistin Helen Mack, nahe seiner Wohnung mit einer Schusswaffe angegriffen, aber nicht lebensgefährlich verletzt. Er gehört mit zur Nebenklage im Fall der aussergerichtlichen Hinrichtung seiner Schwester Myrna Mack. Zur gleichen Zeit erhielt José Suasnavar, der zur Direktion der *Stiftung für Forensische Anthropologie Guatemalas* (FAFG) gehört, Morddrohungen auf seinem Mobiltelefon. Die FAFG führt Exhumierungen und forensische Untersuchungen von Opfern aus dem internen bewaffneten Konflikt durch.

Tags zuvor kursierte ein Pamphlet mit dem Briefkopf der *Vereinigung der*

Militärveteranen (AVEMILGUA), unterzeichnet von zwei pensionierten Generälen, die ihre Beteiligung und jede Verbindung dieses Papiers mit der AVEMILGUA abtritten. Darin hiess es, Colom und Vizepräsident Rafael Espada müssten zum Wohl des Landes sofort ihrer Ämter enthoben und verhaftet werden - das Gerücht des Staatsstreiches durch das Militär ging jedoch schon bald wieder unter.

SEDEM schliesst nicht aus, dass die Absetzung der hohen Militärs durch Colom seinerseits eine Regierungsreaktion auf Konspirationen von aktiven und pensionierten Offizieren sei und dass es im Rahmen des Disputs um die Macht und die politische Kontrolle zu einer neuen Welle von Übergriffen auf MenschenrechtsaktivistInnen komme.

Ob dieser Lage fordern SEDEM und andere zivile Organisationen die Regierung und das Verteidigungsministerium dringend auf, dem militärischen Aufstandsaufbruch auf den Grund zu gehen und die Angriffe auf Chang und Suasnavar und das FAFG-Personal ernsthaft zu untersuchen.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.
Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto. -Nr.: 32 95 01-751
Redaktion:
Barbara Müller
Christiane Treeck
c-tree@gmx.net
Aboverwaltung:
Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de
Jahres-Abo: 55.- •
Auslands-Abo: 60.- •
E-Mail-Abo: 50.- •
Erscheinungsweise 14-täglich.
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.
www.guatemala.de/Fijate

Generalstaatsanwalt Juan Luis Florido wird gegangen

Guatemala, 05. Aug. Letztendlich überraschte es eher weniger, dass Generalstaatsanwalt Juan Luis Florido Solis gekündigt hat, wie Präsident Álvaro Colom am 29. Juli offiziell verkündete. Aus rein persönlichen Gründen, hieß die Erklärung. Florido selbst behauptet, seine Entscheidung sei bedingt durch eine gegen ihn und seine Institution gefahrene Negativkampagne. Kurz vorher war publik geworden, dass in der Staatsanwaltschaft wichtige Prozess- und Ermittlungsakten verloren gegangen seien.

In der letzten Zeit, vor allem seit Amtsantritt der neuen Regierung war die Kritik an demjenigen Mann schlicht zu laut geworden, der eigentlich für die Bekämpfung der Straflosigkeit im Land zuständig war. Kulminiert war die Missbilligung Anfang Juli in der Forderung von Seiten der Gewerkschaftsvereinigung UASP nach Absetzung von Florido "wegen Unfähigkeit und des geringen Fortschritts der Ermittlungen" und kurz darauf in der Liste, die der Chef der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG), Carlos Castresana Colom vorlegte. Diese benannte zahlreiche Personen auf bestimmten Posten im gesamten Bereich des staatlichen Sicherheitssektors, die laut der Untersuchungen der CICIG eindeutig hemmenden Einfluss auf das Funktionieren der jeweiligen Institutionen haben und deswegen besser ausgetauscht werden sollten.

Auch wenn das genaue Timing der Bekanntgabe offenbar nicht abgestimmt war und Florido zunächst seine Kündigung noch dementierte, haben er und Colom jedoch gemeinsam die nähere

Zukunft abgesprochen. Florido wird als Botschafter nach Chile gehen. Damit ist ihm erst einmal seine Immunität gewährt und er, ausser Landes geschafft, auch zumindest zeitweilig und annähernd sicher vor möglichen Unmutsäusserungen von denjenigen, denen er in seiner Amtszeit nicht genehm war.

Zweimal wurde Florido von Ex-Präsident Óscar Berger zum Generalstaatsanwalt ernannt. Das erste Mal, Ende Februar 2004, löste er den entlassenen Carlos de León Argueta ab, um dessen offiziell vierjährige Amtszeit bis 2006 zu vervollständigen. Nachdem er von der Auswahlkommission beim nächsten Mal mit in die Gruppe der sechs wählbaren Kandidaten aufgenommen worden war, wurde er 2006 für weitere vier Jahre gewählt, auch dank der Unterstützung, die er im Unternehmenssektor sicher hatte. Somit bekleidete er die Generalstaatsanwaltschaft knapp vier Jahre lang, so lang wie nur ein Generalstaatsanwalt, Adolfo González Rodas (1998-2002), vor ihm.

Gemäss eines Leitartikels in der Tageszeitung *elPeriódico* wurde Florido 2004 als Nachfolger von de León Argueta mit Wohlwollen von Seiten der öffentlichen Meinung willkommen geheissen. Seine erste Aufgabe bestand darin, Ordnung in die Staatsanwaltschaft zu bringen und Gelder aufzutreiben, um diese umzustrukturieren. Er engagierte sich in der institutionellen Stärkung und zumindest zu Beginn in der Koordination mit den anderen Rechtsinstitutionen wie dem Innenministerium, dem Justizorganismus und dem Institut der Pflichtstrafverteidigung. Florido sei einer der Hauptinitiatoren des *Nationalen Foren-*

sikinstutts (INACIF) gewesen, dem die wissenschaftliche Beweisführung obliegt, heisst es in *elPeriódico*. Unter Florido wurden einige wichtige Baumassnahmen durchgeführt, die Staatsanwaltschaft wurde modernisiert, er investierte in Weiterbildung und in die Erweiterung der landesweiten Abdeckung durch lokale staatsanwaltschaftliche Präsenz. Der Vorwurf gegen Florido kaum Ermittlungserfolge vorweisen zu können fällt gleichzeitig zurück auf die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) und die Zusammenarbeit der beiden Institutionen. Denn gemäss gesetzlicher Regelung obliegt es allein der Polizei kriminalpolizeiliche Untersuchungen durchzuführen. Von Seiten der PNC stehen der Staatsanwaltschaft für diese Aufgabe jedoch gerade einmal 150 ErmittlerInnen zur Verfügung. Und auch ist es an der Polizei angeordnete Festnahmen zu realisieren, ebenfalls mit äusserst wenigen zuständigen AgentInnen.

Als ein Stein im Schuh des Generalstaatsanwalts drückt seit langem die fehlenden grundlegenden Ermittlungen im Mord an den drei salvadorianischen Abgeordneten des Zentralamerikanischen Parlaments und ihres Chauffeurs sowie der anschliessende Mord an den für die vorherige Tat mutmasslich verantwortlichen Polizisten im Hochsicherheitstrakt des Gefängnisses el Boquerón im Februar 2007. Bereits wenige Monate und noch weniger Beweismaterial und Untersuchungsergebnisse später erklärte Florido den Fall für abgeschlossen, obwohl die intellektuellen Täter der

Fortsetzung auf S. 5

Die Staatsanwaltschaft unter der Lupe

In dem Dokument "Die Staatsanwaltschaft: Zustand 2008" evaluieren die zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich im Zusammenschluss für die Menschenrechte integriert haben, die Arbeit der Staatsanwaltschaft seit dessen Funktionsbeginn von 1995. Anders als die Nationale Zivilpolizei (PNC) und der Justizapparat, erhielt die Staatsanwaltschaft in den letzten Jahren kontinuierliche Etataufstockungen, ohne dass sich dies in eine verbesserte Amtsführung, Effektivität der Ermittlungen und der gelösten Fälle übersetzt hätte. Zwischen 2003 und 2007 wurde der Haushalt um knapp 60% von US-\$ 52 Mio. auf US-\$ 83 Mio. erhöht. Damit liegt Guatemala jetzt mit an der Spitze der lateinamerikanischen Länder hinsichtlich der staatlichen Pro-Kopf-Investition in die Staatsanwaltschaft. Mit einer Rate von aktuell 9,3 StaatsanwältInnen auf 100'000 EinwohnerInnen ist das Land regional gesehen vorteilhafter aufgestellt als juristisch glaubwürdigere Länder wie Chile mit einer Rate von 4,2.

Der Untersuchungsbericht informiert darüber, dass im genannten 13jährigen Zeitraum jährlich durchschnittlich 168'000 Fälle eingereicht worden sind. Doch der Anteil von gefällten Resolutionen von 13% im Jahr 1996 wurde in sonst keinem Jahr erreicht und lag nach einer kontinuierlichen Abnahme 2007 bei gerade einmal 4%. Darin inbegriffen sind auch die Entscheidungen, die einen Prozessantrag ablehnen oder für ungültig erklären.

Allein Verurteilungen gelten qualitativ gesehen als Signal gegen die Straflosigkeit. Nach einem durchschnittlichen Anstieg an Verurteilungen zwischen 1998 und 2003 um 3,3, gehen diese just zur Amtszeit von Juan Luis Florido zwischen 2004 und 2007 um jährlich durchschnittlich 6% zurück.

Fortsetzung von S. 4

Morde bis heute nicht eindeutig identifiziert und dingfest gemacht sind.

Noch im Vorfeld der angekündigten Kündigung Floridos bewertete Iduvina Hernández, Direktorin der Sicherheits- Menschenrechtsorganisation *Sicherheit in Demokratie* (SEDEM) die Absetzung dieses Funktionärs zwar nicht als die vollständige Lösung, hielt sie jedoch für das Mindeste, das in diesem Moment getan werden kann, um Veränderungen im Sicherheitssektor zu ermöglichen.

Derweil ist Verónica Godoy von der *Beobachtungs- und Unterstützungsinstanz für die öffentliche Sicherheit* (IMASP) der Ansicht, dass es "unabhängig von einer Evaluation seiner Amtsführung (von Florido, die Red.) strukturelle Probleme gibt, die nicht dadurch bedingt sind, wer die Staatsanwaltschaft leitet". Die grösste Schwäche der Staatsanwaltschaft ist, so Godoy, die Beweisführung. "Die Staatsanwaltschaft mischt sich mittels der Kriminalpolizei

DINC sehr in die Ermittlungen ein, aber die Anklage wird dadurch nicht verbessert." Derzeit, erläutert die Expertin, teilen sich die Ermittlungen auf zwischen Staatsanwaltschaft, Polizei und Forensikinstitut INACIF, und es sei dringend nötig, die jeweilige Rolle zu definieren, denn das Problem würde dadurch eigentlich nur noch weiter unterteilt.

Als weitere Schwachstellen der Verbrechensaufklärung werden neben der fehlenden Koordination zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft der unangemessene Umgang mit dem Tatort, die dilettantische Verwendung von wissenschaftlichem Beweismaterial, das Fehlen von Kriterien und Informationssystemen zur Verbindung von Fällen in Bezug auf den/ die TäterIn oder ihren *modus operandi*, die willkürliche Auswahl von Fällen für die Ermittlung und der mangelhafte ZeugInnen- und Opferschutz häufig genannt.

Ganz offensichtlich wurmte Florido die Kritik durch CICIG-Chef Castresana und die Tatsache, das er selbst und seine Institution als erste von der Interna-

tionalen Kommission unter die Lupe genommen worden sind, denn er konnte sich bei seiner letzten Pressekonferenz nicht den Kommentar verkneifen, die CICIG als solche würde noch gar nicht funktionieren, denn sie habe ihr Personal noch gar nicht vollständig zusammengestellt, gleichwohl würden sie in ein paar Fällen Unterstützung leisten. Aber diese sei bislang sehr gering gewesen und bestünde im Endeffekt bloss darin, Kopien von Akten einzufordern, die vom Personal der Staatsanwaltschaft aufgesetzt worden seien.

Statthaltend wird José Amílcar Velásquez Zaráte den Posten des Generalstaatsanwalts übernehmen. Bislang war der Rechtsanwalt und Notar mit 15jähriger Erfahrung in der Institution Chef der Staatsanwaltschaft in der Hauptstadt. Rein formell kann er von Präsident Colom auch als Interimsnachfolger Florido offizielle Mandatszeit bis Mai 2010 ernannt werden, da er die dafür erforderliche Bedingung erfüllt, bei der letzten offiziellen Wahl zur Kandidatenrunde gehört zu haben.

Kongresspräsident Meyer geht wegen Anlageskandals

Guatemala, 08. Aug. Die Flucht vor der Justiz von Raúl Girón, dem Geschäftsführer des Aktienhauses *Mercados de Futuro S.A.* (MDF) war letztendlich Auslöser für Eduardo Meyer von der Regierungspartei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE), sein Amt des Kongresspräsidenten endgültig aufzugeben. In gewisser Weise war diese Entscheidung schon in dem Moment gefordert worden, als Meyer selbst Anfang Juni bekannt gab erfahren zu haben, dass sein Privatsekretär hinter seinem Rücken 82 Mio. Quetzales aus dem Sparfonds des Kongresses dem privaten Anlageunternehmen MDF für Hochrisikoinvestitionen anvertraut hatte. (¡Fijáte! 412). Aristedes Crespo von der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), der Meyer seit Mitte Juni bereits vertreten hatte, während dieser seine Situation klären wollte - schliesslich steht er als Kongresspräsident für alle Vorgänge im Parlament in der Verantwortung, auch wenn er sagt, nichts von den Überweisungen gewusst zu haben - wird bis Ende des Jahres das Präsidentenjahresmandat im Kongress weiterführen.

Vor einer Woche war der vereinbarte Termin abgelaufen, zu dem MDF die Kongressgelder wieder zurückgeben sollte. Da ihnen das nicht möglich war, bat der MDF-Vorstand um Fristverlängerung, die jedoch nicht gewährt wur-

de. Daraufhin tauchte Girón, der auch die Kontaktperson zum Kongress war, unter und ist bislang trotz zahlreicher und personenstarker Hausdurchsuchungen und Haftbefehl nicht lokalisiert.

Auch wenn Meyer seine Unschuld beteuert und ihm auch kein Vergehen nachgewiesen werden kann, gab er dem Druck vor allem der Opposition nach, die, die *Patriotische Partei* (PP) von Otto Pérez Molina voran, gar eine Klage gegen ihn anstrebt. Meyer seinerseits verklagte fünf Personen der Geldwäsche, die seines Erachtens in den obskuren Geldtransfer involviert sind, darunter gegen Girón, gegen seinen ehemaligen - und ebenfalls flüchtigen Privatsekretär Byron Sánchez, den vormaligen Bankenaufseher Willy Zapata und zwei weitere Funktionäre, die für die Finanzkontrolle zuständig sind, sowie gegen die *Banco Uno*, die die Überweisung trotz formeller Lücken in den Unterlagen realisiert hatte.

Das Aktienhaus MDF ist in der Zwischenzeit staatlich interveniert, die Konten und Anlagegüter des MDF-Vorstandes eingefroren und Rechtsprozesse gegen die Verantwortlichen eingeleitet. Und die 82 Mio. Quetzales müssen wohl abgeschrieben werden vom Sparkonto des Kongresses.

Doch der "Skandal" betrifft immer noch auch weitere Politiker: den Gene-

ralsekretär der PP Pérez Molina, der während seiner Wahlkampagne als Kandidat für die Staatspräsidentschaft einen Kredit bei MDF aufgenommen hat, just von dem Konto, auf das die Kongressgelder geflossen sind und Rúben Dario Morales, Vorgänger von Eduardo Meyer als Kongresspräsident. Unter ihm hat es eine erste Anlage von Kongressspargeldern bei MDF gegeben, woraufhin Morales mit einer Provisionszahlung von 300'000 Quetzales auf sein Privatkonto bedacht wurde.

Einmal mehr belegt das Geschehene den Mangel an gesetzlichen Regelungen, nicht nur zum Umgang mit öffentlichen Geldern und der Absicherung von Anlagegeschäften.

"Es ist ganz klar, dass in Guatemala die öffentlichen Fonds die Privatbanken ernähren, von denen nur ganz wenige etwas abbekommen", kommentiert die Kolumnistin Marielos Monzón in der Tageszeitung *Prensa Libre*. "Die "Inversion", die mit Geldern des Kongresses getätigt wurden, bringen einmal mehr die reale Situation des Bankensystems aufs Tapet, das vom mächtigen Wirtschaftssektor monopolisiert wird, der wiederum als erster Begünstigter durch die Finanzen des Landes aus der Sache hervorgeht. Aber das ist ein Thema, über das im Rahmen des Skandals niemand spricht", moniert Monzón.

Keine geregelte Arbeitszeit für Hausangestellte

Guatemala 05. Aug. Die *Vereinigung der Arbeitenden im Haushalt, Lieferservice und in Maquilas* (ATRAHDOM) kritisierte die Resolution des Verfassungsgerichts gegen eine Verfassungsbeschwerde, die am 8. März 2006 eingereicht worden war und eine Gesetzesänderung zugunsten der Angestellten in privaten Haushalten zu erreichen suchte. Jetzt, zwei Jahre und fünf Monate später, wiesen die VerfassungsrichterInnen die Klage zurück und erlegten den drei Anwältinnen, die diese präsentiert hatten ein Bussgeld auf.

Die in Frage gestellten Gesetzesartikel aus dem Arbeitsrecht sind älter als 60 Jahre und besagen, dass die privaten

Hausangestellten keine festgelegten Arbeitszeiten haben. Im Alltag sieht das meist so aus, dass die Frauen, die oft eine kleine Kammer in dem Haushalt, in dem sie arbeiten, bewohnen, 24 Stunden präsent sein müssen und weder über geregelte Freizeit noch feste freie Tage verfügen.

In seiner Resolution versichert jedoch das Verfassungsgericht, dass die genannten Artikel legal seien und weder die Menschen- noch die Arbeitsrechte der Frauen verletzen würden.

Dagegen unterstreicht die ATRAHDOM, dass diese Entscheidung einmal mehr die Ungerechtigkeit und die fehlende menschliche Solidarität von Sei-

ten derjenigen beweise, die die Gesetzesmacht im Land ausüben. Die Organisation rief das *Zentrum zur Unterstützung der Haushaltsarbeitenden* (CENTRACAP) dazu auf, den Fall vor den *Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof* und die *Internationale Arbeitsorganisation* (ILO) zu bringen. Auch auf nationaler Ebene appellierte ATRAHDOM an die Solidarität mit den Haushaltsangestellten und forderte das Menschenrechtsprokurat (PDH), die *Ombudsstelle für die Indigene Frau* (DEMI), das *Präsidentiale Frauensekretariat* (SEPREM) sowie die *Lateinamerikanischen Konföderation der Hausangestellten* dazu auf, die für die Klage nötige Begleitung zu leisten.

Antiquiertes Gesundheitssystem

Guatemala, 07. Juli. Die Studie "Gesundheitssystem in Guatemala: Wohin gehen wir?", die in diesen Tagen vom *Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen* (UNDP) öffentlich vorgestellt wurde, analysiert die Herausforderungen dieses Sektors, die Lösungskapazitäten und die Art und Weise, wie die Bevölkerung damit umgeht. Und deckt dabei tiefe Gräben zwischen dem Ist- und dem Soll-Zustand auf.

Der Autor des Untersuchungsberichts, Gustavo Estrada, formuliert es deutlich: Der Gesundheitsdienst, der derzeit geleistet wird, ist für das Guatemala von vor 20 Jahren ausgelegt und die Aktionen, die in die Wege geleitet wurden, sind in keinsten Weise in der Lage, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen.

Der Gesundheitsexperte rät dringend dazu, das bestehende Modell zu verändern, um andere Ergebnisse zu erzielen: "Die Priorität liegt auf der Mutter-Kind-Behandlung, das ist in Ordnung, aber damit wird ein Grossteil der Bevölkerung aussen vor gelassen", stellt Estrada fest. Es bestehe grundsätzlich eine krasse Ungleichheit in Bezug auf den Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen. Das System sei praktisch privatisiert, denn die Bezahlung stamme im Grunde aus den Taschen der Bevölkerung.

Eine der grössten Schwächen sei die geringe Entscheidungsfähigkeit des Gesundheitsministeriums, die ständig sabotiert werde. Dazu kämen die fehlenden Mittel, die institutionelle Ohnmacht und der Mangel an spezialisiertem Personal sowie angemessener Infrastruktur. Das alles führe zu einer kraftlosen Systemführung.

Stattdessen müsse der Gesundheitsdienst als universales Recht verstanden werden und nicht wie ein freier Markt funktionieren, mahnt Estrada an. Denn das aktuelle Behandlungsmodell sei ausschliessend und das Personal unzureichend. Die Zivilgesellschaft müsse sich einmischen und eine Systemwandel erzwingen. Letztendlich müsse ein allgemeingültiger Zugang zur Behandlung und zu Medikamenten gewährleistet sein", schliesst der Experte seine Präsentation.

Just in diesen Tagen belegen Berichte aus den beiden grossen öffentlichen Krankenhäusern in der Hauptstadt Estradas Diagnose: Das *Hospital Roosevelt* und das *San Juan de Dios* sind nicht in der Lage, die Menge an bedürftigen PatientInnen aufzunehmen. Es herrsche eine andauernde Krise bei der Behandlung derjenigen, die operiert werden müssen. Sowohl im *Roosevelt*, das über 768 Betten verfügt, als auch im *San Juan* mit 942 Betten bestehe seit Monaten ein beständiger Bedarf an mindestens 100 Betten mehr, ganz zu schweigen vom Personal. Die herrschende Gewalt und die auch dadurch bedingte Aufstockung der Behandlungszeiten haben zur Überlastung der Krankenhäuser geführt, so dass viele PatientInnen, die wegen eines Notfalls kommen, gar nicht aufgenommen werden können. Sie werden, wenn überhaupt, oft auf den Fluren behandelt und gleich wieder nach Haus geschickt.

Auf dem Land ist die schwierige Lage noch ausgeprägter, da wenige medizinisch ausgebildete Personen dort arbeiten wollen und die Infrastruktur und die Ausstattung an Medikamenten und Material noch mangelhafter sind.

Trauminstrumente von Ricardo Arjona

Guatemala, 29. Juli. Der guatemaltekische Grammy-prämierte Rocksänger Ricardo Arjona leitete Ende Juli die öffentliche Präsentation seiner Stiftung *Adentro* ("Nach Innen") selbst musikalisch ein, bevor der Kinderchor *Voces del Lago* einige Lieder sang. Die 45 Jungen und Mädchen gehören zu den bislang 500 Kindern aus armen Verhältnissen, die mittels Arjonas Stiftung ein Musikinstrument besitzen, "um träumen zu können", so der Sänger. Denn für ihn gebe es nichts Schlimmeres als morgens aufzuwachen und nicht zu wissen, was zu machen ist, um den Geist zu nähren.

Die Idee für die Stiftung entstand bei Arjonas Besuch in dem während des vom Hurrikan Stan im Oktober 2005 verschütteten Dorf Panabaj, Santiago Atitlán, nach der Katastrophe, wo ihn der 13jährige Ricardo Julajú um eine Gitarre bat. Der inzwischen 15jährige arbeitet auf dem Feld und hackt Brennholz, fehlt aber bei keiner Chorprobe der *Voces del Lago* ("Stimmen vom See").

Der international erfolgreiche Arjona wünscht sich, dass das Leben der von ihm mit Instrumenten begünstigten Kinder eine solche Wendung nimmt, wie das seine, als der Vater ihm an einem Nachmittag nach einem Zahnarztbesuch eine Gitarre für 10 Quetzales schenkte. Er habe noch mehr Träume für Guatemala, so Arjona, denn es erschrecke ihn die Apathie im Land. Nach den ersten sechs Monaten dieses Jahres, in denen er die Stiftung auf die Beine gestellt hat, will er seine Initiative jetzt ausweiten. "Heute ist dieser Traum Wirklichkeit geworden, morgen werde ich einen neuen haben", versichert der Musiker.